



---

## Petition 184069

### Erziehungsgeld/Elterngeld - Aufstockung des Elterngeldes durch den Arbeitgeber bei längerer Betriebszugehörigkeit auf 100 Prozent für zwei Jahre

---

#### Text der Petition

Mit der Petition wird gefordert, dass Arbeitgeber das Elterngeld bei längerer Betriebszugehörigkeit auf 100 Prozent für zwei Jahre aufzustocken sollen. Nach der Elternzeit soll wählbar sein zwischen 3.000 € Familiengeld als Einmalzahlung oder 250 € monatlich über 12 Monate.

#### Begründung

Familien sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes – durch Erziehung, Pflege, Wertevermittlung und gesellschaftliches Engagement. Doch gerade junge Familien geraten zunehmend unter finanziellen Druck, wenn sie sich für Kinder entscheiden. Das aktuelle Elterngeld reicht in vielen Fällen nicht aus, um den gewohnten Lebensstandard zu halten. Besonders betroffen sind Eltern, die sich bewusst für eine längere Elternzeit entscheiden, um in den ersten Lebensjahren für ihre Kinder da zu sein.

Deshalb fordern wir:

1. Arbeitgeberbeteiligung beim Elterngeld: Ab einer bestimmten Betriebszugehörigkeit (z.B. zwei Jahre) soll der Arbeitgeber verpflichtet werden, das staatliche Elterngeld auf 100% des vorherigen Nettoverdienstes aufzustocken – und zwar für die komplette Dauer der Elternzeit von bis zu zwei Jahren. So wird familiäre Verantwortung nicht zum finanziellen Nachteil.
2. Nach der Elternzeit sollen Familien weiterhin finanziell unterstützt werden. Dabei sollen Eltern die Wahl haben:
  - \* Entweder: Eine einmalige Familiengeldzahlung in Höhe von 3.000 Euro (wie es die neue Regelung vorsieht),
  - \* oder: Die monatliche Auszahlung von 250 Euro über 12 Monate, wie es früher der Fall war.
1. Stärkere Förderung deutscher Familien: Deutsche Familien dürfen nicht länger die Leidtragenden von kurzfristiger Steuer- oder Migrationspolitik sein. Wer hier lebt, arbeitet, Steuern zahlt und Kinder großzieht, muss unterstützt werden – nicht ausgebremst. Es kann nicht sein, dass gut ausgebildete junge Menschen ihre Familienplanung zurückstellen oder sogar aufgeben, weil sie sich Kinder schllichtweg nicht mehr leisten können.

Unsere Kinder sind die Zukunft dieses Landes. Wer sie und ihre Eltern schwächt, gefährdet langfristig den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt.

Wir fordern die Bundesregierung, Arbeitgeberverbände und Familienministerien auf,

endlich für verlässliche, faire und zukunftsorientierte Rahmenbedingungen zu sorgen – und Familien die Anerkennung zukommen zu lassen, die sie verdienen.

Unterstützen Sie diese Petition – für eine starke, gerechte und familienfreundliche Gesellschaft!